

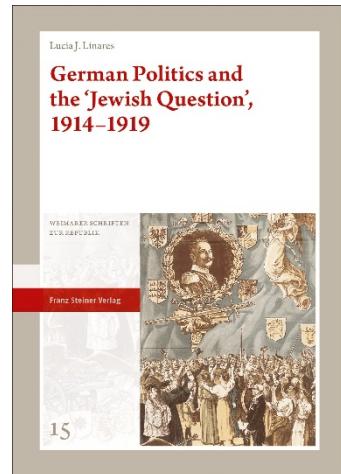


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Lucia J. Linares: *German Politics and the „Jewish Question“, 1914–1919.*

Stuttgart: Steiner, 2021 (= Weimarer Schriften zur Republik, Band 15), 233 S., ISBN: 978-3-515-13069-1

Die in Cambridge entstandene Dissertation will die „Judenfrage“ in Deutschland von ihrer vor allem in deutscher Sicht vorwaltenden inhärenten Verbindung zu Antisemitismus und Holocaust lösen (vgl. S. 20 f u. 207) und sie stattdessen zum Maßstab für die unausweichlichen Demokratisierungs- und Säkularisierungsprozesse während des Ersten Weltkriegs machen (S. 13). Dazu holt die Verfasserin recht weit aus: Das erste und längste von fünf Kapiteln ist der „Genealogy of the Jewish Question“ zwischen Vormärz und Kriegsausbruch gewidmet. Es folgt ein Abschnitt über die Versuche jüdischer, vor allem zionistischer Kreise, Einfluss auf die Minderheitenpolitik in den besetzten Gebieten im Osten zu nehmen; ein weiterer befasst sich mit der berühmt-berüchtigten „Judenzählung“ im deutschen Heer Ende 1916. Den Übergang zur Weimarer Republik markieren je ein Kapitel zur Debatte um die Minderheitenfrage in der Nationalversammlung sowie die Behandlung des Themas bei den Versailler Friedensverhandlungen. Am Schluss steht ein bis in die Gegenwart reichendes ausführliches Fazit.



Die Argumentation fußt auf einer sehr umfassenden Auswertung der breiten angelsächsischen Literatur, auch deutsche Archivalien werden herangezogen, allerdings häufig in englischer Übersetzung. Merkwürdigerweise fehlen bei dem in der Bibliographie aufgeführten Archivmaterial meistens die Ortsangaben (vgl. S. 216): Der Leser bzw. die Leserin muss selbst erschließen, dass es sich wahrscheinlich um Bestände des „Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes“ und eines zionistischen Archivs in Jerusalem handelt. Die jüngere deutsche Literatur zum Weltkrieg, inclusive der sehr nützlichen Enzyklopädien, die 2003 der Schöningh Verlag vorgelegt hat und die seit 2014 von einem Verbund um das Friedrich-Meinecke-Institut online gestellt worden sind, fehlt weitgehend. Eine ähnliche Fehlanzeige besteht bei der Forschungsliteratur zum Liberalismus, obwohl etliche der im Buch auftauchenden Protagonisten von Treitschke und Mommsen über Ludwig Haas bis zu Hugo Preuss und Georg Gothein, dem liberalen Lager zuzuordnen sind und das liberale Judentum ein ganz zentraler Akteur ist.

Denn durch die Darstellung ziehen sich als ein roter Faden die Unterschiede in der Argumentation zwischen den Zionisten und den Nicht-Zionisten; letztere stellten die liberale Mehrheit unter den deutschen Juden, deren Lobbyarbeit aber meistens weniger röhig war (vgl. etwa S. 163 f.). In diesem Zusammenhang ist für Lucia Linares das unterschiedliche Nations-Verständnis ein zentraler Punkt: Während Zionisten in den Juden eine eigenständige Nation sahen, die im besten Fall in Palästina zusammengefasst werden sollte, wollten liberale Juden dies allenfalls für die osteuropäischen Juden gelten lassen. Sie selbst verstanden sich als Teil der deutschen „Kulturnation“ und hatten damit ein ähnliches Nationsverständnis wie der heute als Antisemit verschriene Heinrich von Treitschke, der hier weit wohlwollender beurteilt wird, da es ihm ähnlich wie seinen Opponenten im berüchtigten „Berliner Antisemitismus-Streit“ hauptsächlich um Assimilation und nicht um Exklusion oder schlimmeres gegangen sei (vgl. S. 38 f u. 45). Selbst die

von ihm erstmals benutzte Rasse-Terminologie in Bezug auf die Juden wird hier als Ausfluss des damaligen Wissenschaftsstandards eingeschätzt (vgl. S. 68).

Das dürfte in der deutschen Forschung nicht unbedingt Konsens sein, genauso wie die implizite Auffassung, dass der Antisemitismus eigentlich erst im Laufe des Weltkriegs stark aufgekommen ist. Diesen sieht die Autorin insgesamt in Bezug auf die „Judenfrage“ ambivalent. Denn einerseits eröffnete der „Burgfrieden“ Juden bis dahin versperrte Aufstiegs- und Einflussmöglichkeiten in Militär und Politik, am deutlichsten sichtbar in der Verwaltung der osteuropäischen Besetzungsgebiete, in die auch ein freisinniger Parlamentarier wie Ludwig Haas eingebunden war, der nun endlich zum Reserveoffizier aufsteigen konnte. Man wollte die dort lebenden Juden zu einer Säule des deutschen Einflusses machen. Nicht nur in dieser Hinsicht wurde das Jahr 1916 zur Peripetie; vor allem der möglicherweise gar nicht negativ gemeinte, aber mit fatalen Folgen behaftete Versuch, die Rolle der jüdischen Mitbürger im Militär statistisch zu erfassen, versetzte dem Selbstverständnis der deutschen Juden einen schweren Schlag. Die seit 1914 scheinbar erreichte faktische Gleichstellung schien wieder weit zurückgeworfen zugunsten einer ungerechtfertigten „Sonderbehandlung“, die verbreitetes Misstrauen gegenüber einer kleinen Minderheit ausdrückte. Fatal war, dass die ohnehin problematisch zustande gekommenen Daten niemals veröffentlicht wurden – und im Zweiten Weltkrieg verloren gingen –, so dass sich die antisemitische Propaganda darauf beziehen konnte und die kolportierten Zahlen in Weimar zur Vergiftung des politischen Klimas erheblich beitragen.

Dabei hatten die deutschen Juden gehofft, mit dem Ende der Monarchie endgültig nach der rechtlichen auch die faktische Gleichstellung zu bekommen. Deshalb legten sie in ihrer großen Mehrheit keinen Wert auf spezielle Rechte, der Minderheitenschutz in der Weimarer Verfassung richtete sich ganz im Sinne von Hugo Preuss auf „sprachliche“ Minderheiten. Das hatte auch eine außenpolitische Dimension, denn so wollte man im Sinne der Gegenseitigkeit auch Schutz für die vielen neuen „Auslandsdeutschen“ erreichen. Insofern war die Minderheitendebatte in der Nationalversammlung eigentlich gar keine „Jewish Question“, auch wenn der hier ausgiebig behandelte USPD-Abgeordnete und Zionist Oscar Cohn sie dazu machen wollte. Er wies dabei u.a. auf die unterschiedliche offizielle Einstellung zu den Minderheiten im eigenen Land, die sich assimilieren sollten, und den Auslandsdeutschen hin, die ihre nationale Identität bewahren sollten. Aber verbunden mit sozialistischen Vorstellungen hatte das in der Verfassungsdebatte keine Chance und entsprach auch nicht den „kulturnationalen“ Überzeugungen der jüdischen Mehrheit (vgl. S. 152 ff.).

Auch der vorletzte Abschnitt zur Judenfrage in den Versailler Verhandlungen passt eigentlich nicht so recht zum Hauptthema des Buches. Obwohl sich die deutsche Delegation – deren Zusammensetzung eher nicht im hier beschriebenen Parteienproporz erfolgte (vgl. S. 181), da der Bankier Carl Melchior zumindest anfangs in der DDP keine große Rolle spielte und auch nur für Aby Warburg nachgerückt war, während der Völkerrechtler Walther Schücking sehr wohl für die DDP in der Nationalversammlung saß – auf die Behandlung der „Judenfrage“ umfangreich vorbereitet hatte und sie instrumentalisieren wollte, war diese ebenso wenig wie die Minderheitenfrage Gegenstand des Friedensschlusses mit Deutschland. Das war bei den anderen Friedensverträgen anders, hatte aber eben keinen Zusammenhang mit „German Politics“.

Eine ziemliche thematische Ausweitung weist schließlich auch das Schluss-Fazit auf, in der die Autorin ihre Untersuchung nochmals zusammenfasst – schon die Einzelkapitel bringen häufig Wiederholungen – und dann die weitere innenpolitische Entwicklung unter dem Blickwinkel Juden-/Minderheitenfrage bis in die unmittelbare Gegenwart skizziert. Das Buch endet mit dem Appell, beim gegenwärtigen, für die innere Entwicklung ähnlich zentralen Umgang mit den neuen Minderheiten sich der Debatten über die Judenfrage zu erinnern.

Unwillkürlich fragt man sich da, ob die Debatten über eine kleine religiöse Minderheit, die ein Prozent der Bevölkerung umfasste und in ihrer großen Mehrheit assimiliert war, wirklich helfen für die Fragen zur Rolle von kulturell sehr heterogenen und zwanzig Mal größeren Gruppen mit

„Immigrationshintergrund“, zumal der vor hundert Jahren weitgehend unstrittige Wert der deutschen Kulturnation so nicht mehr besteht. Und erschwert nicht gerade die spezifische deutsche Erinnerung an die „Judenfrage“ den Zugang zu einem großen Teil dieser Gruppen, weil hier eine völlig andere Wahrnehmung der „Judenfrage“ vorwaltet? Damit soll natürlich kein Urteil über die Berechtigung dieser anderen Wahrnehmung gefällt werden.

Nun sollten natürlich unterschiedliche gegenwartspolitische Einschätzungen nicht das Urteil über eine wissenschaftliche Untersuchung beeinflussen. Aber auch wenn man mit dem Anliegen der Autorin, die „Judenfrage“ von der Teleologie an den Holocaust zu lösen und die Entwicklung offen zu sehen, prinzipiell übereinstimmt, und auch wenn man berücksichtigt, dass das Buch sich eigentlich an eine angelsächsische Öffentlichkeit wendet, so weist doch aus Sicht der deutschen Liberalismus-Forschung, in der die Geschichte der deutschen Juden ein nicht unwichtiger Teil ist, etliche Schwächen im Detail auf; die Ungenauigkeiten zu Personen und Organisationen sollen hier nicht aufgeführt werden. In erster Linie scheint die Autorin die Liberalität des politischen Klimas in Deutschland vor, während und auch nach dem Ersten Weltkrieg zu überschätzen, etwa was den berühmten „Burgfrieden“ angeht.

Ganz deutlich wird dies beim vermeintlichen jüdischen Einfluss auf die DDP (vgl. S. 206), womit gewissermaßen umgekehrt die antisemitische Parole von der „Judenpartei“ wieder aufgegriffen wird. Zwar haben jüdische Wähler gern im Kaiserreich und in der Weimarer Republik linksliberal gewählt und waren bekannte Parteivertreter jüdischen Glaubens. Aber gerade die bekanntesten von ihnen wie Hugo Preuss und Walther Rathenau waren innerparteilich eher isoliert und ihre nach außen hin prominente Rolle wurde von den Parteifreunden mehr hingenommen als positiv aufgenommen. Mehr Einfluss auf den Parteikurs hatten zweifellos konvertierte Juden wie Eugen Schiffer und Georg Gothein, die aber ebenfalls Mitte der 1920er Jahre von der politischen Bühne verschwanden. Eine so interessante Figur wie der nicht konvertierte Ludwig Haas, bis zu seinem Tod 1930 DDP-Fraktionsvorsitzender im Reichstag, wird hier nur in seiner Funktion als Mitglied der Militärverwaltung im besetzten Polen wahrgenommen. Nicht nur hier, sondern insgesamt hätte dem Werk eine stärkere Berücksichtigung der deutschsprachigen Fachliteratur wohl gutgetan. Das ändert nichts daran, dass Lucia Linares eine durchaus gewichtige Wortmeldung zu einem zweifellos zentralen Thema der jüngeren deutschen Geschichte vorgelegt hat.

Bonn

Jürgen Frölich



ARCHIV DES
LIBERALISMUS

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net